

Administrativen Lasten hemmen die Entwicklung im Berggebiet

Administrativen Lasten hemmen die wirtschaftliche Entwicklung der Berggebiete. Die SAB hat deshalb im Juli 2017 eine Studie publiziert, welche erstmals eine Übersicht dieser Lasten für die Berggebiete enthält. Die Kosten dieser Lasten wurden soweit möglich identifiziert und Lösungsansätze skizziert. Die Auswirkungen der Lasten wurden zudem anhand konkreter Beispiele der Gemeinden Innertkirchen (BE), Blatten (VS), Nesslau (SG) und Isérables (VS) aufgezeigt.

Thomas Egger, SAB, Seilerstrasse 4, 3001 Bern

92% der Fläche der Gemeinde Blatten im Lötschental stehen unter Schutz. Die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde sind damit massiv eingeschränkt. Praktisch jedes Projekt, das die Gemeinde lancieren will, stösst an enge Grenzen. Es mag sich dabei um ein extremes Beispiel handeln. Doch es steht stellvertretend für das enge Korsett, in welchem sich die Gemeinden im Berggebiet bewegen müssen. Die SAB hat deshalb im Jahr 2017 zum ersten Mal eine Übersicht über die administrativen Lasten erstellt, welche insbesondere die Berggebiete und ländlichen Räume betreffen. Im Bericht wurden rund 100 Lasten identifiziert. Die Themenpalette reicht von der Landwirtschaft, über die Seilbahnen bis hin zum Gesundheitswesen. Der Bericht ist als eine erste Grundlage zum Thema gedacht und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Landwirt oder Buchhalter?

Von den administrativen Lasten sind die Gemeinden ebenso wie die Unternehmen betroffen. So haben manche Landwirte den Eindruck, sie seien mehr Buchhalter als Unternehmer. Der administrative Aufwand für einen Landwirt beläuft sich auf bis zu zwei Stunden pro Tag. Oder anders gesagt: einen Tag pro Woche. Die Meldung der Bewirtschaftungsstatistik sowie die Deklarierungen für Direkt- und Beitragszahlungen sind aufwendig und wenig koordiniert. Sie wirken abschreckend für die Land-

wirte und fördern so das Verschwinden v.a. kleiner Betriebe. Landwirtschaftliche Flächen im Berggebiet werden folglich nicht mehr bewirtschaftet. Dies beeinflusst direkt auch den Tourismus. Der Bund verlangt von den Landwirten, dass sie unternehmerisch tätig sind. Dazu gehört auch die Erschliessung neuer Einkommensquellen wie der Agrotourismus. Allerdings hemmt die Raumplanungsgesetzgebung die Entwicklungsmöglichkeiten für den Agrotourismus. Dies ist ein typischer Fall, wie zwei Politikbereiche des Bundes sich gegenseitig negativ beeinflussen können.

Raumplanung schränkt ein

Die Studie der SAB identifiziert denn auch die Raumplanungsgesetzgebung als eines der kritischen Handlungsfelder. Die Gesetzgebung ist so kompliziert, dass sie lediglich noch durch ein paar wenige Experten nachvollziehbar ist. Sie lässt zudem den Kantonen und Gemeinden nur noch wenig Handlungsspielraum. Einen enormen bürokratischen Aufwand verursacht für die Gemeinden auch die Zweitwohnungsgesetzgebung. Die Gemeinden müssen die Wohnungen und deren Nutzungsart detailliert erfassen. Die effektive Nutzung von Zweitwohnungen muss kontrolliert werden. Bei Missbräuchen steht die Gemeinde in der Pflicht, die Nutzung zu verbieten und allenfalls gar eine Zwangsvermietung vorzunehmen.

Doppelter Aufwand

Nicht nur in der Raumplanung sondern auch im Bereich des Umweltschutzes besteht die Tendenz, alles zentralistisch regeln zu wollen. Dies widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip und der Kompetenzverteilung gemäss Bundesverfassung. Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen NFA wurde 2008 für Verbundaufgaben eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen eingeführt: die Programmvereinbarung. Der Bund soll sich auf seine strategische Führungsrolle konzentrieren und die Ausführung den Kantonen überlassen. Nie war es jedoch die Idee, dass diese Programmvereinbarungen auch zur Steuerung einzelner konkreter Projekte dienen. Bei etlichen Bundesämtern, allen voran beim BAFU, wird die Programmvereinbarung aber genauso eingesetzt. Dadurch verdoppelt sich der administrative Aufwand für Bund und Kantone sowie für die Projektträger. Der mit der NFA anvisierte Effizienzgewinn kann so nicht erzielt werden.

Kein Reservat

Für Jean-Christophe Lehner, Präsident der bereits einleitend erwähnten Gemeinde Blatten im Lötschental, ist die Situation untragbar: «Die Entwicklung der Gemeinde ist stark eingeschränkt.» Lehner kritisiert zudem die missbräuchliche Anwendung des

Beschwerderechtes durch private Organisationen etwa im Rahmen des Zweitwohnungsgesetzes. In seiner Gemeinde wurde dadurch die Realisation von Projekten innerhalb der Bauzone verhindert. Durch die Rekurse und die damit unnötig verlängerte Bewilligungsfrist werden Berggemeinden erst recht unattraktiv für etwaige Zuzüger. Für die SAB ist klar: die Berggebiete und ländlichen Regionen sind keine Naturreserve. Sie sind in erster Linie Lebens- und Wirtschaftsraum und sind auf eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung angewiesen. Diese Entwicklung wird aber durch administrative Lasten eingeschränkt. Die SAB setzt sich dafür ein, diese Lasten zu reduzieren.

RÉSUMÉ

Les charges administratives entravent le développement des régions de montagnes

Dans plusieurs cas, les charges administratives représentent des freins importants pour l'évolution des régions de montagnes et de l'espace rural. En Valais, plus des 90% de la surface de la commune de Blatten se trouvent dans des zones protégées. Par conséquent, il est compliqué de lancer des projets et le développement de Blatten est particulièrement restreint. C'est dans cette optique que le SAB a lancé une étude qui a été publiée en 2017. Au total, une centaine de charges ont été identifiées, notamment dans des domaines comme l'agriculture, les remontées mécaniques ou celui de la santé. Concrètement, les agriculteurs doivent consacrer près d'un jour par semaine pour remplir divers formulaires liés à leurs activités.

Les questions relatives à l'aménagement du territoire sont aussi une source de bureaucratie, surtout pour les cantons et les communes. La législation réglant ce domaine est si compliquée que seuls certains spécialistes sont vraiment capables de l'interpréter. Les exigences liées à la législation sur les résidences secondaires sont aussi particulièrement exigeantes pour les communes. Pour ces différentes raisons, le SAB cherche des solutions pour réduire



Zahlreiche administrative Lasten hemmen die wirtschaftliche Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume. (VG/SAB)

les charges administratives, tout en rappelant que les régions de montagnes sont des espaces de vie et de développement économique.

RIASSUNTO

Gli oneri amministrativi ostacolano lo sviluppo delle regioni di montagna

In molti casi, gli oneri amministrativi rappresentano dei freni importanti per lo sviluppo delle regioni di montagna e degli spazi rurali. In Vallese, più del 90% della superficie del comune di Blatten si trova nelle zone protette. Di conseguenza, è complicato avviare dei progetti e lo sviluppo di Blatten è particolarmente limitato. È in quest'ottica che il SAB ha lanciato uno studio che è stato pubblicato nel 2017. In tutto, sono stati identificati un centinaio di oneri, in particolare nei settori come l'agricoltura, gli impianti di risalita o quelli della salute. Concretamente, gli agricoltori devono dedicare circa un giorno alla settimana alla compilazione di diversi formulari legati alle loro attività.

Le questioni riguardanti la pianificazione del territorio generano anch'esse molta burocrazia, soprattut-

to per i cantoni e i comuni. La legislazione che regola questo settore è così complicata che solo alcuni specialisti sono veramente capaci d'interpretarla. Le esigenze legate alla legislazione sulle residenze secondarie sono anche particolarmente onerose per i comuni. Per queste diverse ragioni, il SAB cerca delle soluzioni per ridurre in questi ambiti gli oneri amministrativi, senza dimenticare che le regioni di montagna sono degli spazi di vita e di sviluppo economico.